

Wend-Zeitung

Rhoder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsgesellschaft Bocholt
Verlagshaus Bocholt

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Amstliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptverlagshaus: Bocholt, Marktstraße 14. Verlagspreis 1934/35.
Verlagspreis: Abgeholt von der Poststelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2.20 Pfg. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post eingeschickt 45 Pfg. wöchentlich. 2.20 Pfg. monatlich. — Abgeholt von der Poststelle 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stiefelgröße 6 Pfg., Klebpreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Nummer 322

Donnerstag, den 22. November 1934

Jahrgang 1934

Rückblick auf den Reichsbauernntag.

Von
Diplomlandwirt Harro von Zeppelin.

Diese Nachlese vom am Sonntag zu Ende gegangenen zweiten Reichsbauernntag ist der Nationalsozialistischen Parteipresse entnommen. Der Verfasser ist der politische Adjutant des Reichsministers Darré.

Der zweite Reichsbauernntag gewährte einen umfassenden Überblick über all das, was im letzten Jahre auf Grund des Reichsnährstands- und Reichserbhofgesetzes geschaffen worden ist, und über die Aufgaben, die in nächster Zeit zu erfüllen sind. Den alten Grundgedanken nationalsozialistischer Bauernpolitik gemäß gehören hierzu die allgemeinen volkswirtschaftlichen, Rasse- und Bevölkerungspolitik und bauerliche Kulturpolitik genau so wie die Fragen der Wirtschaftspolitik und des bauerlichen Betriebes. Die einheitliche Behandlung dieser Vielfalt der Fragen in einer Gesamttagung und die Vertiefung der wichtigsten Ergebnisse der Sondertagungen aller Sachgebiete vor dem alle Tagungsteilnehmer umfassenden Reichsbauernntag bietet die Gewähr dafür, daß das Führerkorps des Reichsnährstands, die Landes- und Kreisbauernführer aus allen deutschen Gauen, die von Goslar aus nicht in dumpfe Büttel, sondern auf ihre Höfe zurückkehren, vor Einseitigkeit bewahrt wird und bei der Arbeit im kommenden Jahre stets das große Gesamtziel vor Augen behält.

Gerade im Hinblick auf die großen wirtschaftlichen Aufgaben, die der Lösung harren, bedeutet der kulturelle Teil des Reichsbauernntages, der seinen Höhepunkt im Festabend „Deutsches Bauernmahl“ fand, ein bedeutendes Gegengewicht. Der Reichsbauernführer, R. Walther Darré, kennzeichnete diese Bedeutung darin, daß hier zum ersten Male das rassistische Erscheinungsbild des deutschen Bauern als Träger und Erhalter der körperlichen und seelischen Wesensmerkmale des germanischen Menschen vor das Forum des deutschen Volkes trat und gebietend die ihm gebührende Achtung forderte. Der „deutsche Bauer“ als Träger der Rasse und als Träger der gestaltenden Kraft des deutschen Volkes auf allen seinen Entfaltungsbereichen soll von diesem Abend aus seinen Weg in die Herzen aller Volksgenossen antreten und dem deutschen Bauern in allen Volksschichten die soziale Einschätzung erringen helfen, die er in dem Bewußtsein seiner Verantwortung gegen seine Mitvorbereitenden von allen Volksgenossen verlangen muß.

Das bauerliche Leben soll wieder zu dem gestaltet werden, was es bei unseren Vätern war: Die Verankerung der Reinheit, der Wahrsamkeit, der Selbstgenügsamkeit, der Erziehung der Befriedigung an eigener Gestaltung und die Verankerung treuester Pflichterfüllung in der großen Aufgabe des Bauerntums an Gesundheit und Volk. Bei dieser Zielsetzung ist es selbstverständlich, daß der deutsche Mensch im Mittelpunkt der Reichsnährstands-gesetzgebung steht. Dazu gehört nicht zuletzt der deutsche Landarbeiter. In ihm liegen wertvolle Blutsverwandte, die wir erhalten wissen wollen. Der Dienstbote oder der deutsche Landarbeiter, der jahrelang Dienst an der deutschen Erde tut, ist einer der treuesten unter den Söhnen des deutschen Volkes, treuer jedenfalls als derjenige, der sein Blut um schändliches Geld verkauft und verabschiedet — und wenn er noch so viele Ähren hat.

Niemand, der den Augenblick erleben konnte, wird den Beifall vergessen, den Landesobmann Saiden erntete, als er dem Kongress jurist: Es ist für die Zukunft unseres Volkes nicht wichtig, daß wir Ähren haben, sondern, daß wir Ähren werden. Es genügt nicht, daß wir stolz auf unsere Vorfahren sind, sondern unsere Nachkommen müssen stolz auf uns sein können. Die baltischen Staaten haben uns gelehrt, daß auf die Dauer nur der Boden besteht, der ihn auch tatsächlich bearbeitet. Deshalb müssen deutsche Menschen, und zwar wertvolle deutsche Menschen, den Boden bearbeiten, weil sonst die Unterwanderung und Vermischung von unten her nicht zu vermeiden ist.

Auf dieser Grundlage baut sich die Arbeit auf, die durch Reichserbhofgesetz und die Neubildung deutschen Bauerntums gekennzeichnet ist. Die Arbeiten der Sondertagungen haben hier wesentlich zur Vertiefung der bisherigen Erfahrungen auf diesen Gebieten beigetragen. Weniger hervorgetreten in der Berichtserstattung, aber deshalb nicht unwichtig, sind die Arbeiten des Reichsbauernntages in der Rasse- und Wirtschaft, der bauerlichen Wirtschaft und des landwirtschaftlichen Kreditwesens. Gerade auf diesem letzteren Gebiet werden bei den vom Reichsnährstand in nächster Zeit zu vollbringenden Leistungen ganz besondere Aufgaben zu erfüllen sein. Die in Goslar zum Abschluß gebrachte Neugestaltung der landwirtschaftlichen Marktordnung, die in der Zusammenfassung aller bisher mit marktordnenden Aufgaben beauftragten Stellen in der neuen Reichshauptabteilung III des Reichsnährstands, „Marktordnung“ zum Ausdruck kam, bildet eine weitere Voraussetzung für das wichtigste Ergebnis des Reichsbauernntages, die Anfängung der Erzeugungsschlacht des deutschen Bau-

ern, die der Reichsnährstandsarbeit in den nächsten Wochen und Monaten ihren Stempel aufdrücken wird. Staatssekretär Wade hat die Notwendigkeit dieser Erzeugungsschlacht aus unserer wirtschaftlichen Gesamtlage dahin gekennzeichnet, daß die in der Vergangenheit über die Grenzen getriebenen landwirtschaftlichen Erzeugungszweige allmählich wieder in die heimische Volkswirtschaft, ja bis in den einzelnen Bauernhof zurückgeholt werden müssen. Einer im ganzen extensiven, in die Tiefe gehenden Nationalwirtschaft folgen. Das kapitalistische Rentabilitätsprinzip, das die vergangene Entwicklung angetrieben hat, muß dabei ersetzt werden durch den nationalsozialistischen Gedanken der Leistungssteigerung. Es kommt nicht mehr darauf

an, zwischen billigster Erzeugung und teuerstem Verkauf zu spekulieren, sondern darauf, bei volkswirtschaftlich abgewogenen gerechten Preisen möglichst viel zu erzeugen. Dabei muß allerdings beachtet werden, daß das augenblicklich in der deutschen Wirtschaft vorhandene Nebeneinander einer nach liberalen Grundsätzen geführten freien Wirtschaft und einer auf nationalsozialistischen Grundsätzen aufgebauten gebundenen Wirtschaft nur eine Übergangserscheinung darstellen kann. Reichsbauernführer Darré hat in seiner umfassenden weltanschaulichen Begründung der Reichsnährstandspolitik auch über diese Frage keinen Zweifel gelassen, als er feststellte, daß über kurz oder lang auch die übrige Wirtschaft sich in die Front des Bauern ein-

reihen müsse, der mit der Ordnung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse angefangen habe. Geschicht dies, dann wird die Wirtschaft des deutschen Volkes die erste Wirtschaft der Welt sein, die auf einer neuen Ordnung aufgebaut ist und in der nicht mehr die Gerechtigkeit des Händlers, sondern das Ethos der Arbeit die Achse aller Überlegungen ist.

Das äußere Bild des Reichsbauernntages, an dem führende Männer aller Volksschichten teilnahmen, die dieser Zielsetzung des Reichsnährstands stürmischen Beifall gaben, läßt den sicheren Glauben entstehen, daß die im großen und im kleinen vom zweiten Reichsbauernntag geleisteten Arbeiten dazu beitragen werden, auch den wirtschaftlichen Neubau des nationalsozialistischen Neubaus voranzutreiben.

Oesterreich fordert Gleichberechtigung in Genf.

Kontrolle der Waffenherstellung und des Waffenhandels.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz tagt.

DNB Genf, 21. November.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz ist am Dienstag 11 Uhr unter dem Vorsitz Sanderjons unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu seiner Tagung zusammengetreten. Seine Eröffnungsrede wurde erst am Nachmittag bekanntgegeben. Sanderjon begann nach einigen Nachrufen mit der Verlesung einiger Einwände, die er von passifistischen Organisationen erhalten habe. Falls das Präsidium seinen Vorschlägen zustimme, werde er sich mit den verschiedenen Vorgesetzten der Ausschüsse für Waffenhandel, Offenlegung der Wehrverhältnisse und für allgemeine Bestimmungen in Verbindung setzen, um den Zeitpunkt festzulegen, zu dem ihre Arbeiten wieder aufgenommen werden können; er werde ihnen, wie er hinzufügte, dafür Mitteilungen vorschlagen. Das Präsidium werde sich später mit den Berichten dieser Ausschüsse zu befassen haben, um

ein endgültiges Abkommen auszuarbeiten, das dann dem Hauptauschuß unterbreitet werden müsse.

Sanderjon regte sodann an, daß das Präsidium seine weiteren Aufgaben auf Grund der Entschließung vom 8. Juni prüfen solle, worüber bereits die Berichte der verschiedenen Ausschüsse, die in der Zwischenzeit getagt haben, vorliegen. Der Ausschuß für Luftfahrtfragen, der bisher noch nicht habe zusammengetreten können, werde sich hoffentlich in angemessener Zeit versammeln können. Die Lösung der in der Entschließung vom 8. Juni erwähnten offenen Fragen, vor allem die Verhandlungen über einen osteuropäischen Garantiepakt, sei durch die Ermordung des Königs Alexander und Barthous unterbrochen worden.

Die von der Sowjetabordnung angeregte Umwandlung der Abrüstungskonferenz in eine künftige Friedenskonferenz sei den Regierungen zur Stellungnahme unterbreitet worden; jedoch hätten bisher nur wenige Regierungen geantwortet.

Nach der Eröffnungsrede Sanderjons sprach der amerikanische Vertreter Wilson. Er kündigte dabei die Vorlage eines bis ins einzelne gehenden Entwurfes zur Regelung der Frage des Waffenhandels und der Waffenherstellung an.

Gleichzeitig gab er die wesentlichen Richtlinien dieser amerikanischen Vorschläge bekannt. Sie lehnen sich sehr eng an die Beschlüsse des im Juli d. J. tagenden Sonderausschusses an. Der Entwurf sieht ein System der Kontrolle für die Waffenherstellung und den Waffenhandel in den betreffenden Ländern selbst vor, verstärkt durch eine zweite Kontrolle, die von Genf selbst ausgeübt wird. Zur Abrüstungsfrage selbst sagte Wilson noch kurz, daß seine Regierung fest davon überzeugt sei, daß ohne Abrüstung keine gesunde Grundlage für den Frieden geschaffen werden könne. Sie werde deshalb, wie schon früher, ihre ganze Kraft daransetzen, die Konferenz zu einem Erfolg zu führen.

Im Laufe der Tagung gab der Vertreter Oesterreichs, Baron Pflügl, die Erklärung ab, seinem Abrüstungsabkommen zustimmen zu können, ehe nicht auch Oesterreich die Gleichberechtigung wenigstens hinsichtlich der Verteidigungswaffen erhalten habe.

Nach Pflügl sprach Eden, der die Vorschläge Sanderjons restlos billigte und auch die angekündigten amerikanischen Vorschläge begrüßte. Das Wesentliche bleibe aber der Abschluß eines Abkommens über die Verminderung der Rüstungen, selbst wenn das nur in Etappen möglich sein sollte.

Der italienische Delegierte Marchese di Soragna erinnerte daran, daß die italienische Delegation sich bei der Entschließung vom 8. Juni der Stimme enthalten habe. Seit diesem Augenblick habe sich nichts ereignet, das Veranlassung biete, diese Haltung Italiens zu ändern. Er lege Wert darauf, die Entschlußfreiheit seiner Regierung im Hinblick auf die vorgeschlagenen Teilabkommen vorzubehalten. Was die künftige Abrüstungskommission betreffe, so könne er ihren Nutzen nicht recht einschätzen.

Der Vertreter Frankreichs, Majigli, erklärte, er stimme den Vorschlägen des Präsidiums zu. Soragna habe mit einer großen Offenheit eine Meinung ausgesprochen. Er denke aber, daß die Erfahrung zeigen werde, wie wertvoll die Arbeit der Ausschüsse sei und daß dann später die Mitarbeit Italiens nicht fehlen werde.

Im Laufe der Debatte sprach ferner Litwinow von der Freundschaft zwischen Sowjetrußland und Frankreich, die er als einen Grundstein des Weltfriedens betrachte. Er erinnerte dann daran, daß er auf der letzten Versammlung den Vorschlag gemacht habe, die Konferenz zu beenden. Er glaube auch jetzt, daß es wenig zu tun gäbe, denn alle Parteien stießen sich an einem großen Hindernis, nämlich an der Schwierigkeit, die Allgemeingültigkeit der Verpflichtungen und der Einschränkungen zu erreichen. Dieses Hindernis bestünde auch heute noch. Rußland könne den Vorschlägen des Amerikaners Wilson im übrigen ohne weiteres zustimmen, da seine Waffenherstellung öffentlich und geregelt sei. Er habe vorgeschlagen, einen Organismus zu schaffen, der sich nicht nur mit Abrüstung befaße, sondern auch mit den Fragen des Friedens und der Sicherheit. Er sei deshalb auch der Meinung, daß man die Frage der Gründung einer künftigen Abrüstungskonferenz und eines Organismus für Sicherheit und Frieden nicht getrennt voneinander studieren dürfe.

Madariaga (Spanien) gab der Meinung Ausdruck, daß der Vorschlag Wilsons im Hinblick auf die Herstellung der Waffen noch nicht weit genug gehe. Die einfache Veröffentlichung nütze nichts.

Das Präsidium beschloß, den Ausschuß für verschiedene Bestimmungen sowohl mit der Frage der Errichtung eines künftigen Abrüstungsausschusses entsprechend dem Vorschlag Sanderjons, wie auch mit dem Vorschlag Litwinows zu befaßen. Gleichzeitig wurden alle übrigen Vorschläge Sanderjons angenommen. Die Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz hat damit gegen 13 Uhr ihr Ende gefunden.

Überraschung in Wien über die Erklärung Pflügls.

DNB Wien, 21. November.

Die Erklärung des österreichischen Delegierten beim Völkerbund und bei der Abrüstungskonferenz, Grafen Pflügl, monach dieser im Namen seiner Regierung

Militärdiktatur in den Vereinigten Staaten?

Auffehen erregende Enthüllungen über angebliche Putschpläne.

S New York, 21. November.

Die „Evening Post“ hat Berichte über einen angeblichen Putschplan veröffentlicht, die hier ungeheures Aufsehen erregt haben. Nach den Enthüllungen des genannten Blattes handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger als einen Militärputsch, der zur Errichtung einer Diktatur in Washington führen sollte. Danach soll der Mitinhaber einer bekannten New Yorker Maklerfirma, Gerald MacGuire, im Auftrage einiger reicher Wallstreetbankiers an den früheren Oberbefehlshaber des Marinekorps, General Butler, herantreten sein und versucht haben, den General zur Übernahme der Leitung des Putsches zu veranlassen. Butler sollte nach dem Plan mit einem Heer von Kriegsveteranen nach Washington marschieren, die Regierung zum Rücktritt zwingen und eine faschistische Militärdiktatur errichten.

General Butler hat, da er die Pläne ablehnte, sofort die zuständigen Behörden verständigt. Die Untersuchungskommission des Senats ist darauf bereits am Mittwoch zusammengetreten und hat sich eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt. General Butler hat in zweifelhafte Ausführungen über den Putschplan berichtet und dabei u. a. erklärt, daß man ihm drei Millionen Dollar versprochen habe, falls er den Marsch auf Washington durchführen würde. Der stellvertretende Vorsitzende der Untersuchungskommission, Dickstein, kündigte an, daß in den weiteren Verhandlungen, die ab Montag öffentlich sein würden, noch viel bekanntere Namen als der Butlers im Zusammenhang mit dem Putsch genannt werden würden.

Gerald MacGuire bestreitet im übrigen auf das energischste, an Butler mit dem genannten Vorschlag herantreten zu sein.

Der Chaco-Konflikt vor dem Völkerbund.

Nachrufe auf König Alexander und Barthou.

DNB Genf, 21. Nov.

Die außerordentliche Völkerbundsversammlung, die zur weiteren Behandlung des Chaco-Konfliktes, des seit langem währenden Krieges zwischen Bolivien und Paraguay um den Gran Chaco, einberufen wurde, ist Dienstag nachmittag unter starkem Andrang von Publikum und Presse im Gebäude des Völkerbundssekretariats zusammengetreten.

Der vorläufige Präsident, der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš, widmete den ersten Teil seiner Eröffnungssprache einem Nachruf auf die beiden Opfer des Pariser Attentats. Nach Beneš sprach der südamerikanische Außenminister Teilisch nur wenige Worte des Dankes an den Präsidenten.

Als dritter Redner sprach der französische Außenminister Laval, dessen Auftreten starke Beachtung fand. Auch er rühmte König Alexander als Soldat und gleichzeitig als Friedensfürsten. Die Worte, die Beneš für den verstorbenen französischen Außenminister Barthou sprach, seien allen Franzosen aus dem Herzen gesprochen. Er selbst, Laval, werde sich bemühen, dem Beispiel Barthous zu folgen, sein Werk fortzusetzen und die

Zusammenarbeit mit allen hier versammelten Staaten weiter zu führen.

Die drei Gedächtnisreden bewegten sich, was allgemein auffiel, im Rahmen der üblichen Trauerreden und enthielten keinerlei bemerkenswerte politische Anspielungen.

Zum Chaco-Konflikt stellte Beneš dann fest, daß alle bisherigen Schlichtungsversuche gescheitert seien, und daß die Vermählung mit der Annahme der vorgeschlagenen Empfehlungen der Parteien die Möglichkeit gebe, wieder auf den Rechtsboden des Völkerbundes zurückzuführen. Der Streit habe sich mit den Jahren verschärft. Jede Partei glaube, daß sie die Rechte des Chaco in Anspruch nehme. Über diese Rechtsansprüche zu entscheiden, sei Aufgabe des Ständigen Internationalen Gerichtshofes, doch solle vorher versucht werden, durch Verhandlungen zu einer direkten Verständigung über die kritischen Meinungen oder zur Aufstellung eines Schiedsprojektes zu gelangen. Zur Herstellung einer günstigen Atmosphäre sei die Einstellung der Feindseligkeiten und die Schaffung einer kontrollierten neutralen Zone unbedingt notwendig. Beneš appellierte eindringlich an die beiden Kriegführenden in ihrer Eigenschaft als Völkerbundsmitglieder, die Empfehlungen, die die Vermählung ihnen unterbreiten werde, ernstlich zu prüfen und die Hoffnungen der Welt nicht zu enttäuschen, indem sie diese Gelegenheit der Rückkehr zur Geistesfreiheit und zum Frieden ablehnen.

chemische Verwandtschaft
r Kome und ihre
unserer Vorstellungen
Teil wird mit Hilfe
terne untersucht. Die
des Autors gibt Ein-
von der Geburt bis
alls.

e.
st.
0, Weizhof 3 bis 5,
0, Karotten 7 bis 8,
ee 3 bis 5, Felsafat
feln 3.5 bis 4, Kapsel
ten 15 bis 20, Blu-
30, Weintrauben 35
en 3 bis 5, Kohlrabi
butter 1,50, Eier 12

swerk.

Es ist Ehrenpflicht
dieses Spieles zum
beizutragen, so daß
thilfe zuleistet. Für
eile das Schachhaus
einen neuen Ball

chaft
ne aufgelöst.

schachsportführers für
ören, die Arbeits-
vereine nach etwa
auf der bisherigen
eiten nicht mög-
Verammlung den

leichen.

ungen erhielt der
urg (Hofburg),
st Hiesburg, das
Folgende Zeitun-
von ihm erzielt:
12 Min.; 300-Mtr.-
11,30 Meter; Weit-
sprungkraft Hiesburg
eifste des Deutschen
ei besten außerdem



008.



giglich großes
schießen
Restaurant

Schollen
Helm-Str. 15 (neben
Schützenhaus).
ausgeschossen:
sen, Fasanen,
nindchen.
Pfg. gleich 9 Schuß
50 Pfg.

perlicher
ushaftung

edenheit über
personal, Bei
setzungen wollen
shalb bevorzugt
verbreitete Zeitung
keitigen. Durch
kleines Stellenangebot
anrerem Familienbit
die Hausfrau im
ber gute, zuverlässig
Hilfskräfte verfügen

Heider, Münster L.W. für
Minister L.W. für West-
0, für Handel u. Sport, Dr.
Dr. Ernst Hülser, Berlin-
Erich Altmeyer, Münster
L.W.

Bocholt, bei den Stillen
minning, Bocholt, Real-
schul-
00937
Kreis Beckum und Liding
Wesfeld und Ahrens (Wiler-
ohne Volkshaus), Coesfeld:
it für den Niederrhein
0 (Wanderer-Kreisblatt)
Dr. Ernst Hülser, Berlin-
Erich Altmeyer, Münster
L.W.

Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage für Österreich forderte, hat in Wiener politischen Kreisen ungeheures Aufsehen hervorgerufen. Besonders die scharf formulierte Erklärung, daß Österreich nicht gewillt sei, irgend ein Abkommen zu unterzeichnen, wenn sein Begehren nach Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage nicht erfüllt werde, hat hier ungemein überlallt. Man weiß darauf hin, daß Österreich noch niemals die Gleichberechtigung vor dem öffentlichen Forum in Genf verlangt hat, und mißt der heutigen Erklärung insbesondere mit Rücksicht auf den Waff von Rom, dessen Ausweitung ja eben erst beschlossen wurde, besondere Bedeutung zu.

Keine Ueberstürzung der Marzeller Frage.

Genf, 21. Nov.

Der französische Außenminister Laval hat Dienstag mittag mit den hier anwesenden Außenministern der Kleinen Entente getrost und mit ihnen, wie man hört, hauptsächlich die Behandlung der Marzeller Frage im Rahmen des Völkerbundes durchgesprochen. Es verlautet, daß Frankreich, wenn auch in sehr vorsichtiger Weise, seinen Einfluß dahin geltend gemacht habe, diese heikle Angelegenheit nicht überstürzt zu behandeln. Deshalb gilt es nunmehr auch als feststehend, daß der außerordentliche Völkerbundsrat, der in den nächsten Tagen zusammentreten wird, sich auf keinen Fall konkret mit dem Marzeller Königsmord befassen wird. Die französische Politik legt, wie es scheint, großen Wert darauf, die angeblichen Verständigungsmöglichkeiten mit Italien nicht durch eine Spannung zu stören, die als Folge des südslawischen Schritts nicht nur zwischen Ungarn und Südslawien, sondern auch zwischen Italien und Südslawien entstehen und Frankreich zu einer unerwünschten Parteinahme zwingen könnten. Trotzdem wird mit der Veröffentlichung der Anklagegeschichte Südslawiens noch immer gerechnet. In diesem Punkte dürfte der südslawische Außenminister keine Neigung zu Konzessionen zeigen.

In einem Bericht aus Genf behandelte die halbamtliche Belgrader „Breme“ die südslawische Völkerbundsfrage gegen Ungarn. Das Blatt wendet sich gegen alle Behauptungen, den südslawischen Schritt vereiteln zu wollen. Dabei erhält auch der Völkerbund selbst einige Warnungen von unverlässlicher Deutlichkeit.

Eine Unterredung Laval mit Litwinow.

Moskau, 21. November.

Der französische Außenminister Laval hatte Mittwochnachmittag eine Unterredung mit dem sowjetrussischen Volkskommissar Litwinow, die sich auf die weitere Behandlung der Ostfrage, insbesondere auf die angeklagte französische Antwortnote an Polen bezogen haben soll.

Außerdem haben zwischen den verschiedenen hier anwesenden Hauptvertretern Zusammenkünfte stattgefunden, so zwischen Litwinow und Gen, sowie zwischen Laval und Eden, ferner Laval und dem türkischen Außenminister.

Die österreichischen Staatsmänner vom Papst empfangen.

Rom, 20. November.

Am Dienstag empfing Papst Pius XI. Bundeskanzler Schuschnigg, Außenminister Baron Berger, Waldeneß und Schachtelreiter für Unterredung. Der Papst in besonderer Audienz. Die Unterredung des Bundeskanzlers mit dem Papst fand in der Privatbibliothek statt und dauerte über 35 Minuten. Die beiden anderen Herren wurden anschließend einzeln empfangen. Dann machte der Bundeskanzler dem Kardinalstaatssekretär Pacelli seine Aufwartung, mit dem er sich dreiviertel Stunden unterhielt. Der Papst verlieh Bundeskanzler Schuschnigg das Großkreuz des Pius-Ordens und dem Außenminister das Großkreuz des Heiligen Gregor-Ordens.

Die Thronrede des englischen Königs

Die historische Staatsprozession wegen Nebels ausgefallen.

London, 21. November.

Der Beginn der neuen Parlamentsstagung am Dienstag stand im Zeichen dichten Nebels. Sogar die Staatsprozession des Königs und der Königin vom Buckingham-Palast nach dem Oberhaus zur Verlesung der Thronrede mußte abgeblasen werden. Stattdessen fuhr das Königspaar zu einem Empfang in einer Limousine zum Parlamentsgebäude, und zwar auf Befehl des Königs recht langsam, damit die große Menschenmenge, die seit Stunden auf der Straße auf die Goldene Staatskarosse und die Leibgardebedeckung gewartet hatte, nicht allzusehr enttäuscht würde. Auch die Krone Englands, die gewöhnlich in einem offenen Landauer nach dem Parlament gefahren wird, wurde diesmal unbemerkt mit einem Kraftwagen nach Westminster gebracht.

Die Thronrede, mit der der König die neue Tagung des englischen Parlaments eröffnet, begann mit den Worten:

„Meine Beziehungen mit auswärtigen Mächten sind weiterhin freundschaftlich. Die Aufrechterhaltung des Weltfriedens ist dauernd die ernsteste Sorge meiner Regierung; sie wird fortgesetzt, die Unterstützung und Erweiterung der Autorität des Völkerbundes zu einem Hauptpunkt ihrer Politik zu machen. Sie hofft ernstlich, daß das allgemeine Werk der Abrüstungskonferenz aktiv in einer politischen Atmosphäre wieder aufgenommen wird, die für die Erzielung endgültiger Ergebnisse günstig ist. Inzwischen werden angestrengte Bemühungen unternommen werden, um internationale Vereinbarungen über Fragen zu erreichen, die gebührend behandelt werden können.“

Die Thronrede weist weiter darauf hin, daß der Bericht des gemeinsamen Ausschusses beider Häuser über die Verfassungsreform in die Hände der Parlamentsmitglieder gelegt werden wird und daß es die Pflicht der britischen Regierung sein wird, dem Parlament ihre Gesetzesvorläufe für die künftige Regierung Indiens zu unterbreiten.

Der König fuhr dann fort:

„Obgleich weiterhin Faktoren bestehen, die der vollen Wiederaufnahme des internationalen Handels entgegenstehen, ist es meine ernste Hoffnung, daß das kommende Jahr durch eine Fortdauer des Geistes des Vertrauens und der Unternehmungslust, der diesem Lande ermöglicht hat, die Führung in der Weltberuhigung zu übernehmen, gekennzeichnet sein wird.“

Nach Verlesung der Thronrede verließ sich das Parlament auf kurze Zeit. Am Nachmittag begann dann in beiden Häusern die dreitägige Aussprache über die Ant-wortadresse auf die Thronrede.

Feierlicher Empfang der Prinzessin Marina.

London, 21. November.

Dichter Nebel hüllte die Straßen Londons ein, als die Prinzessin Marina von Griechenland am

Mittwoch ihren Einzug in die Hauptstadt ihres neuen Heimatlandes hielt. Der König und die Königin von England hatten sich selbst auf den Bahnhof begeben, um ihre neue Schwiegertochter zu begrüßen. In Begleitung der Prinzessin befanden sich ihre Eltern, Prinz und Prinzessin Nikolaus von Griechenland, ihr Verlobter, der Herzog von Kent, sowie ihre beiden Schwestern, Prinzessin Paul und Gräfin Torring. Nach herzlichem Begrü-

Preisfestsetzungen nur durch den Reichskommissar für Preisüberwachung.

Eine starke Zentralisierung.

Berlin, 21. November.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat unter Aufhebung der Bestimmungen über die Uebertragung von Aufgaben und Befugnissen des Reichskommissars für Preisüberwachung bestimmt, daß Preise, Preispannen oder Zuschläge aller Art in Zukunft nur noch durch den Reichskommissar für Preisüberwachung festgesetzt werden. Allen anderen Stellen wird jegliche Preisfestsetzung verboten.

Soweit Preise nur begrenzte räumliche Auswirkungen haben, kann die Festsetzung im Einverständnis mit dem Reichskommissar auch durch die obersten Landesbehörden, in Preußen durch die Oberpräsidenten, in Berlin durch den Staatskommissar erfolgen.

Die Preisüberwachung wird in Preußen von den Regierungspräsidenten (in Berlin vom Polizeipräsidenten), in Sachsen von den Kreishauptleuten, sonst von den obersten Landesbehörden oder von ihnen bestimmten Stellen der allgemeinen Landesverwaltung durchgeführt.

Die Befugnisse zur Schließung von Betrieben wegen Zuwiderhandlungen oder aus sonstigen wichtigen Gründen steht auch den Regierungspräsidenten zu; selbstverständlich hat sich der Reichskommissar diese Befugnis auch selbst vorbehalten.

Im übrigen sind künftig auch Ordnungsgeldstrafen gegen Unternehmungen, in deren Geschäftsbetrieb eine Zuwiderhandlung gegen die allgemeinen Vorschriften begangen worden ist, oder gegen die schuldigen Personen bis zu 1000 RM. für jeden Fall der Zuwiderhandlung vorgesehen.

Die Preisüberwachungsbehörden sind vom Reichskommissar gebeten worden, bei der Preisüberwachung mit den Gau- und Kreisleitern der NSDAP. Zühlung zu halten.

In die Gau- und Kreisleiter hat der Reichskommissar die Bitte gerichtet, bestimmte Mitarbeiter zu bezeichnen, deren Aufgabe es ist, die bei den Gau- und Kreisleitungen etwa eingehenden Beschwerden zu sammeln und nach Sichtung der nächsten zuständigen Ueberwachungsbehörde der allgemeinen Lan-

desverwaltung zuzuleiten. Folgende Gebiete sind zur Preisüberwachung zusammengefaßt: Lippe-De-mold und Provinz Westfalen, Schaumburg-Lippe und Provinz Hannover, Kreis Bielefeld (Oldenburg) und Rheinprovinz, Altona, Wandsbek, Harburg-Wilhelmsburg und Hamburg. Weitere Veränderungen der Gebietszuständigkeiten hat sich der Reichskommissar vorbehalten.

Die durch den Erlass getroffenen Bestimmungen werden vom Reichskommissar für Preisüberwachung wie folgt begründet:

Die starke Zentralisierung ist erforderlich, um zunächst einmal die in den letzten Monaten aus dem Drange der Ereignisse heraus entwickelte starke Zersplitterung in der Preisüberwachung zu überwinden. Diese Zersplitterung trug die Gefahr der Entwicklung zu wirtschaftlichen Sonderge-bieten in sich und könnte zu unerwünschten wirtschaftswidrigen Warenbewegungen führen. Auch die Preisüberwachung muß die Wirtschaftseinheit des Reiches gewährleisten.

Aus dem gleichen Grunde ist davon Abstand genommen, die Festsetzung von Preisen und Spannen den preußischen Regierungsbezirken und den anderen Verwaltungsbereichen in den anderen Ländern zu überlassen. Die Zentralisierung an die oberste Landesbehörde und die Oberpräsidenten in Preußen (für Berlin an den Staatskommissar) ist zunächst auf diejenigen Fälle, in denen zweifellos Wirkungen über den Landes- (Provinzial-)bezirk hinaus nicht zu befürchten sind, beschränkt worden. Zur Sicherstellung einheitlichen Vorgehens ist eine vorübergehende Zühlungnahme mit dem Reichskommissar vorgesehen.

Die Einrichtung von Sammelstellen für die bei den Parteibehörden eingehenden Beschwerden entspricht einem bereits in einem Gau bewährten Verfahren.

Im Anschluß an seine Anordnung über die Zentralisierung der Preisfestsetzung vom 19. November hat der Reichskommissar für Preisüberwachung die zuständigen Stellen angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß irgendwelche Eingekerkelungen auf dem Gebiet der Preisfestsetzung nicht mehr stattfinden.

Um den Doppelverdienst Dr. Fleschs.

Warum der Frankfurter Intendant nach Berlin geholt wurde.

Berlin, 21. November.

Am Dienstag wurde im Rundfunkprolog zuerst der Nachfolger Dr. Fleschs auf den Frankfurter Intendantenposten, Rechtsanwalt Schüller, als Zeuge vernommen. Ueber die Weiterführung von drei Monatsgehältern an Flesch sagte er, dieses Geld habe eine „Abkühlungsvergütung“ für Fleschs Tätigkeit in Frankfurt sein sollen und eine Anerkennung dafür, daß Flesch auch nach seinem Weggang in enger Fühlung mit der Frankfurter Gesellschaft geblieben sei.

Oberstaatsanwalt Dr. Reimer stellte fest, das Gericht habe die Straftaten Fleschs vor dem 1. Juni 1929 als verjährt angesehen. Wenn der Zeuge Schüller nun erkläre, daß für die Zahlung der drei Monatsgehälter an Flesch eine enge Fühlungnahme Fleschs mit der Frankfurter Gesellschaft und seine Hilfe auch nach seinem Ausscheiden erwartet worden sei, dann ergebe sich daraus, daß Flesch weiterhin für die Frankfurter Gesellschaft tätig gewesen sei und daß seine damaligen Straftaten nicht verjährt seien.

Der Zeuge erklärte dazu, Flesch habe nach seinem Ausscheiden keine vertragliche Tätigkeit mehr ausgeübt.

In der weiteren Verhandlung kam es dann zu einer ausgedehnten Erörterung der Frage, ob Flesch für die drei Monatsgehälter wirklich eine Gegenleistung ausübte.

Dr. Flesch, der sich an den lebhaften Verhandlungen über seine drei Monatsgehälter gar nicht beteiligen wollte, erklärte auf die Frage des Staatsanwalts, daß er, was er eigentlich zu sagen habe: „Ich habe angenommen, daß die Zahlung eine Anerkennung für meine früheren Tätigkeit und für meine weitere Mitarbeit bei der Einarbeitung meines Nachfolgers in Frankfurt sein sollte. Sobald kamen die Reiter Dr. Fleschs nach Frankfurt zur Sprache. Flesch verwies auf die Anklageurkunde, daß er in den ganzen drei Monaten nur dreimal Reisen nach Frankfurt unternommen habe. Eine Reise habe in erster Linie dem Musikfest in Baden-Baden gegolten. Sie wurde aber aus praktischen Gründen über Frankfurt geführt.“

Am weiteren Verlauf seiner Vernehmung machte der Zeuge Schüller die interessante Mitteilung, daß die Privataktionäre in der Frankfurter Gesellschaft Dr. Flesch für seine Mitwirkung von sich aus noch ein Jahresgehalt weitergezahlt hätten. Die Summe betrug monatlich rund 400 Mark und sollte eine Anerkennung für die Tätigkeit Dr. Fleschs sein.

Zu Beginn der Nachmittagsvernehmung wurde die Vernehmung des Zeugen Schüller abgeschlossen. Auf Antrag des Oberstaatsanwalts Dr. Reimer beschloß das Gericht, Schüller untereidi zu lassen, da gegen ihn wegen der Ermittlungsverfahren Straftaten in Frankfurt und Wittenberg verhängt seien.

Als der Vorsitzende dann die Trennungsvorgänge, die die Frankfurter Gesellschaft in Dr. Flesch anlässlich dessen Ueberführung nach Berlin gehabt hatte, zur Erörterung stellte, beantragte die Verteidiger, Sachverständige darüber zu Rate zu ziehen, ob eine derartige Trennungsvorgänge an sich damals üblich war, ob die Höhe einer derartigen Vergütung von 8000 Mark üblich war, und ferner, ob die Spesen für gemeinsame Reisen und Aufwendungen außer gewöhnlich gewesen seien. Unter anderem schlugen die Verteidiger als Sachverständigen den früheren Vorsitzenden des Aufsichtsrates des Norddeutschen Lloyd, Albers, und den Reichswirtschaftsminister Schmitt vor.

Oberstaatsanwalt Dr. Reimer erklärte, die Anklagebehörde könne angesichts dieses umfangreichen Beweisantrages noch keine endgültige Stellung dazu nehmen, er könne aber jetzt schon sagen, daß ein Teil als wahr zu unterstellen sein werde. Der Vorsitzende stellte die Entscheidung über den Antrag der Verteidigung zurück, bis eine endgültige Stellungnahme der Staatsanwaltschaft vorliegt.

Auf Vorhalten des Vorsitzenden ergab sich sodann, daß Flesch außer seinem Gehalt als Intendant der Frankfurter U.S. als Mitarbeiter der Zeitschrift „Die

Welt“ ihren Einzug in die Hauptstadt ihres neuen Heimatlandes hielt. Der König und die Königin von England hatten sich selbst auf den Bahnhof begeben, um ihre neue Schwiegertochter zu begrüßen. In Begleitung der Prinzessin befanden sich ihre Eltern, Prinz und Prinzessin Nikolaus von Griechenland, ihr Verlobter, der Herzog von Kent, sowie ihre beiden Schwestern, Prinzessin Paul und Gräfin Torring. Nach herzlichem Begrü-

Joachim Ringelnatz †.

Berlin, 21. November.

Wie Berlinerblätter melden, ist der bekannte deutsche Dichter, Kabarettist und Maler Joachim Ringelnatz im Alter von 51 Jahren gestorben. Seine Erkrankung hat am Dienstag in Berlin in aller Stille stattgefunden. Ringelnatz, dessen eigentlicher Name Hans Bötticher war, hatte testamentarisch festgesetzt, daß sein Tod erst nach seiner Einäscherung bekanntgegeben werden dürfe. Ringelnatz, der seit einigen Monaten krank war, ging in der letzten Zeit wirtschaftlich sehr schlecht, so daß eine Berliner Zeitung kürzlich die Freunde des Dichters öffentlich um Hilfe aufrief.

Braunschweigischer Landesbischof gewählt.

WM Berlin, 21. Nov.

Wie kirchennamlich mitgeteilt wird, hat der braunschweigische Landesbischof den von seinem Präsidenten, Staatsrat Bertram, verliehenen Auftrag der Kirchenregierung, den bisherigen kommissarischen Kirchenführer Dr. Jansen zum Landesbischof zu wählen, einstimmig angenommen. Da die kirchliche Lage es erfordere, daß der Landesbischof wichtige Entscheidungen treffen könne, ohne vorher die Stellungnahme des Landesbischofs einholen zu müssen, übertrug der Landesbischof auf Antrag des Landesbischofs Gerhardt mit sofortiger Wirkung widerruflich seine Befugnisse auf den Landesbischof.

Arbeitslose besetzen das Rathaus in St. Quentin.

(1) Paris, 21. November.

In St. Quentin rotteten sich Arbeitslose vor dem Rathaus zusammen und drangen trotz heftiger Gegenwehr der Ortspolizei in das Gebäude ein, in dem die Stadtväter tagten. Sie schlugen verschleierte Türen und Fenster ein, besetzten sämtliche Räume und weigerten sich, eher abzugeben, bis gewisse Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung aufgehoben seien. Die Stadtväter waren gewissermaßen die Gefangenen der Arbeitslosen. Die Besetzung des Rathauses wurde erst aufgehoben, nachdem der Bürgermeister einer Anordnung der Arbeitslosen verprochen hatte, ihren Wählern Rechnung zu tragen. Ein Eingreifen der Polizei ist nicht erfolgt.

Von Frau und Tochter erschlagen.

Wien, 21. November.

In Steiermark ist ein furchtbarer Mord verübt worden, der erst am Montag entdeckt wurde. Der Besitzer Johann Brade aus St. Anton war seit einigen Tagen auf unerklärliche Weise verschwunden. Alles Suchen nach ihm war vergebens. Ein sechsjähriger Knabe fand nun am Montag in einer Talmulde zwischen den Felsen eine Leiche, die furchtbare Verletzungen aufwies und als die des vermißten Besitzers Brade erkannt wurde. Die Untersuchung ergab, daß Brade, der mit seiner Frau seit langem in Zwietracht gelebt hatte, von dieser mit Hilfe der 15-jährigen Tochter des Ehepaares während der Nacht erschlagen und dann von beiden auf sein Gesicht hineingezerrt worden war, um einen Unfall oder einen Raubüberfall vorzutäuschen. Frau und Tochter haben, unter der Last des Beweismaterials zusammengebrochen, den Gatten- und Vatermord eingestanden. Sie wurden dem Gericht eingeliefert.

Reichswehrminister Generaloberst v. Blomberg weist bekanntlich seit einigen Wochen in Dresden zur Kur. Der Führer und Reichsführer Adolf Hitler stattete ihm am Mittwoch, von München kommend, im Sanatorium einen Besuch ab.

Ministerpräsident Göring hat Frau Wolica Urzuleac, die durch einen langjährigen Vertrag an die Berliner Staatsoper verpflichtet worden ist, zur preussischen Kammerkängerin ernannt. Frau Urzuleac wird demnach nur noch gastweise an der Wiener Staatsoper tätig sein. An die Staatsoper ist weiter der bayerische Kammerkänger Erich Zimmermann von der Hamburger Staatsoper verpflichtet worden. Vom Staatlichen Schauspielhaus hat der preussische Ministerpräsident Frau Hermine Körner zur Staatskapellmeisterin und Eugen Klöpfer zum Staatskapellmeister ernannt.

Am Mittwoch fand die Besprechung über die Saarfrage unter Hinzuziehung der beiderseitigen Sachverständigen wieder aufgenommen worden.

Die in Berlin zwischen einer deutschen und einer tschechoslowakischen Delegation geführten Verhandlungen sind zum Abschluß gelangt. Im Auswärtigen Amt wurde heute ein Protokoll über die Regelung der Zahlungen im deutsch-tschechoslowakischen Warenverkehr unterzeichnet, dessen Wortlaut demnächst veröffentlicht wird.

Die Morgenblätter berichten über die Verhaftung eines verdächtigen Ungarn namens Blasiusus Rih in Nizza. Nach dem „Berliner Journal“ soll Rih angeblich einen Anschlag auf den tschechischen Außenminister geplant haben.

Sechs Stunden Urteilsbegründung im Matuschka-Prozeß.

Wird das Todesurteil vollstreckt?

Budapest, 21. November.

Nach über 14tägigen Verhandlungen begann Dienstag die Schlussurteilsurteilung des Matuschka-Prozesses. Der Präsident erließte dem Angeklagten Matuschka das Wort zu einer letzten Erklärung. Der Attentäter sprach auf einen reichhaltigen Vorrat an Worten, die der Präsident seine phantastischen, oft völlig verworrenen Worte unterbrechen wurde. Der Präsident ließ aber Matuschka gewähren. Matuschka erklärte u. a.: „Die Flamme des Schmerzes von Nazareth, die ich in der Kirche meines Geburtsortes angezündet habe, möge alle Drogen und Antennen beleuchten, möge der Drogen und der Menschen und die Gesichter der unglücklichen Mütter und Opfer verklären. Die Flamme möge den Will der Menschen von Papst Pius bis Präsident Roosevelt, vom Osten bis zum Westen, auf den großen Kometen richten, der am dunklen Himmelsschild erscheint.“

Zum Schluß seiner Ausführungen drückte Matuschka seine tiefe Reue und sein volles Mitgefühl für die Hinterbliebenen der Opfer aus. Die Namen der Mütter der Katastrophe schloß er in sein tägliches Gebet ein.

Das Urteil ist dem allgemeinen Erwarten nach ausgefallen. Der Gerichtshof hat sich auf Grund des gerichtlichen Gutachtens auf den Standpunkt voller Zustimmung ausgesprochen. Matuschka ist somit als gemeingefährlicher Verbrecher überführt und wie bereits mitgeteilt, zum Tode verurteilt worden. Die Vollstreckung der Todesstrafe kann jedoch nicht stattfinden, da Matuschka österreichischer Staatsangehöriger ist und zur Zeit der Begehung des Attentats die Todesstrafe nicht in der österreichischen Republik nicht bestand. Nach internationalen Rechtsgrundsätzen kommt die Todesstrafe nicht in Anwendung, wenn in dem Heimatland des Verurteilten die Todesstrafe aufgehoben ist.

Die Verlesung der Urteilsbegründung nahm sechs volle Stunden, von 1 Uhr mittags bis 7 Uhr abends, in Anspruch, ohne daß eine Pause eingelegt wurde. Der Präsident erließte sodann dem Staatsanwalt die Genehmigung, Matuschka nach Österreich zurückzuführen, wo er auf Grund des Wiener Urteils nach drei Jahren im Zuchthaus Stein abzusitzen hat. Nach Ablauf dieser Frist werden die österreichischen Behörden über die Auslieferung von Matuschka an Ungarn zu entscheiden haben. Der Vollzug der Todesstrafe an Matuschka ist damit von der künftigen Entscheidung der österreichischen Behörden abhängig gemacht worden.

nahm sechs
bis 7 Uhr abends,
gelegt wurde. Der
verurtheilte die Genes-
reich zurück-
seiner Urtheils noch
abzubüßen hat.
österreichischen Be-
n Matuschka
en. Der Boll-
mit von der kün-
Behörden abhän-

In die Zeit der langen Geltungsdauer dieser Gesetze ist die starke kommunale Entwicklung auch unserer städtischen Vangemeinden. Der Aufschwung, den sie genommen haben, ist durch die Amtsverfassung und die hauptsächlichste Verwaltung zweifellos nicht gehemmt, sondern stark gefördert worden. Diese Feststellung muß man machen, auch wenn man die Augen nicht verschließt vor den Mängeln der alten Regelung, die allerdings im Theil bereits durch die spätere Gesetzgebung beseitigt wurden. Bis schließlich durch das vielfache gelegentliche Mißwirth von dem alten Bestand dieser Verfassungsorgane nicht mehr allzuweit vorhanden war. Die Amtsverfassung hat in diesen Jahrzehnten unter oft schwierigen Zeitverhältnissen und inmitten harter Kritik, die vielfach an ihrem Bestand rüttelte, die Feuerprobe bestanden und man kann nur der Genugthuung darüber Ausdruck geben, daß dieses zwar zunächst in sich selbst entstandene Institut durch die neue Anordnung eine erneute ausdrückliche Verbriefung seiner Dauerhaftigkeit erhalten hat.

Die neue Amtsordnung verlegt die Zuständigkeit für die Werdung von Amtsgerichten weit nach unten, in die Hand des Regierungspräsidenten, offenbar zur Erleichterung der Neuauganzung der Aemter. Wichtiger noch als diese Vereinfachung des Verfahrens ist jedoch eine andere Vorkehrung, welche die Tendenz zur Vergrößerung der Aemter scharf hervorhebt: Das ist die Bestimmung, daß nunmehr auch freisangehörige Städte durch die Regierungspräsidenten in Aemter eingegliedert werden können. Man erinnert sich des Auftauchens dieser Frage der „Einamung“ einer Stadt in den großen Einmündungsauseinandersetzungen der Jahre 1928/29, wo der Streit um die Einamung der weisfällischen Stadt Haltern ging. Seitdem sind diese Dinge nicht um Ruhen gekommen. Nach der weitgehenden rechtlichen Gleichstellung von Stadt- und Landgemeinde und nach der Unterstellung auch der freisangehörigen Städte unter die Kommunalaufsicht des Landrats bedeutet diese Neuordnung seinen wesentlichen Umwurf aller Verhältnisse mehr, zumal „da das Eigensein der Stadt und ihre Selbstverwaltung durch die Einamung nicht wesentlich berührt werden“, wie die Ausführungsanweisung zur Amtsordnung vom 19. Oktober 1934 betont. Nach dieser Ausführungsanweisung soll die Eingliederung aller Städte mit weniger als 1000 Einwohnern in ein Amt erfolgen, „wenn nicht besondere Verhältnisse vorliegen“. Aber auch größere freisangehörige Städte sind von der Einamung nach „Lage des Einzelfalles“ nicht ausgeschlossen. Diese Einamung des größeren Teils der freisangehörigen Städte in die Aemter stellt naturgemäß nicht nur eine noch stärkere Verankerung der Amtsverwaltung als Einrichtung, sondern auch eine wesentliche Erhöhung ihrer kommunalpolitischen Bedeutung dar. Sie hat aber auch, zumal in Verbindung mit der im Gange befindlichen Aemterzusammenlegung eine allgemeine erhebliche Vergrößerung der Aemter und eine starke Verringerung der Zahl der Verwaltungsstellen im Kreise zur Folge, mit denen in Zukunft die Kreisverwaltung rechnen hat. Die Verwaltung der Kreise wird also wesentlich einfacher und einfacher. Ihre Zusammenlegung zu nur großen leistungsfähigen Aemtern verringert die Notwendigkeit der Übernahme weiterer Aufgabenbereiche auf den Kreis, nimmt also der Kompetenz-Kompetenz eine große Last ab.

In der Schlussklausur, für die dem Papst unter hohem Patronat ein aus dem gelittenen Pöbelium ein Thron errichtet war, um den das heilige Geheiß, die Kardinalen und die Diplomaten sammelten, gab zunächst Kardinal Serbelloni, Bischof von Gran und Primas von Argentinien, der als unser Venediktinerpater an dem neuen höchsten geistlichen maßgebend mitgearbeitet hat und als Kirchenrechtler dem Kongreß besonderes Interesse entgegenbrachte, einen ausführlichen Bericht über das wissenschaftliche Programm der vergangenen Woche. Danach waren auf dem Kongreß 23 Nationen und 10 Universitäten vertreten. Es wurden 40 Referate gehalten, die nach der Drücklegung der Bände fillen werden. Als persönliche Anregung empfahl der Kardinal als Ergebnis der Arbeiten eine ausgedehnte Pflege der lateinischen Sprache

Es sei noch erwähnt, daß Prof. Bierbaum-Mün-
 er auf dem Kongreß in lateinischer Sprache das Sy-
 stem der Trennung zwischen Kirche und Staat in unserer
 Zeit behandelte.

Bei der Mc.-Gill-Universität in Montreal gehen seit einigen Wochen aus der ganzen Welt tausende von Briefen ein, die sämtlich blonde Frauenhaare enthalten. Das ist die Folge davon, daß vor einiger Zeit an einem komplizierten meteorolo-

Vor einiger Zeit wurde bereits für die Schüler der italienischen Grundschulen eine einheitliche Uniform eingeführt. Von nun an müssen auch alle Lehrer und Lehrerinnen der Grundschulen eine einheitliche Kleidung tragen. Auf unserm Bild sieht man Schüler und Lehrerin in einer römischen Grundschule.

Das Stadtmuseum von Oberglödgau erhielt vor einigen Tagen ein wertvolles Geschenk von einem Kaufmann Wardawa: die Gänsefeder, mit der Bischof Sigismund während des Feldzuges 1870/71 in Frankreich geschrieben hat. Die Echtheit der Feder, die von dem Geheimreiber des Fürsten Bischof aufbewahrt wurde, ist vom Auswärtigen Amt bestätigt worden.

3 Pfund Kartoffeln, 2 Eßlöffel Fett, 1/8 Pfund durchgewaschenes Speck, 2 Eßlöffel Mehl, 2 Zwieben, 1/2 Liter Milch, Salz nach Geschmack, 1 Teelöffel Maggi's Würst.

Die Kartoffeln in der Schale kochen. Aus Fett, Mehl, Speck- und Zwiebelwürfeln eine helle Glindebrue bereiten, mit Milch aufkochen, gut durchkochen und mit Salz und Maggi's Würst abgummen. Die gefüllten und in Scheiben geschnittenen Kartoffeln dazuquatschen, gut durchgären und eine Weile an heißer Stelle ziehen lassen.

Stadt Bocholt.

Donnerstag, den 22. November.

Lehrer i. R. Winkel †

Am Jahrestage seiner goldenen Hochzeit.

Am Dienstag starb plötzlich infolge einer Herzlähmung der Lehrer i. R. Hermann Winkel. Ein eigenartiger Zufall wollte es, daß er genau an dem Tage starb, da er vor einem Jahre seine goldene Hochzeit feierte.

Lehrer Winkel war am 14. August 1858 in Ramdors geboren, stand also im 77. Lebensjahre. Nachdem er zunächst in Rommert und Hülsten bei Ketten tätig gewesen war, wurde er im Jahre 1883 an die Schule in Hemden versetzt, an der er bis zum Jahre 1921, also fast vier Jahrzehnte lang, überaus lehrerhaft wirkte. Von 1901 bis 1918 leitete er auch die ländliche Fortbildungsschule in Hemden, die nicht nur von Schülern aus Hemden, sondern auch aus den Nachbargemeinden besucht wurde. Vom Jahre 1905 bis 1918 war er als Ostbaurevisor für 9 Gemeinden tätig. Aber nicht allein um die Erziehung der Jugend war er jahrzehntelang bemüht, sondern auch um die Allgemeinheit hat er sich sehr verdient gemacht. Er war es, der zusammen mit seinem Freund Heinrich Wissing im Jahre 1901 die Hemdener Spar- und Darlehenskasse gründete, die sich im Laufe der Jahre zu ungeahnter Blüte entwickelt hat. Von 1910 bis 1923 war er der Rentant der Kasse. Am 1. Oktober 1921 trat er in den wohlverdienten Ruhestand, den er mehr als zwölf Jahre an der Seite seiner Gattin genießen konnte. Gelegenheit seiner goldenen Hochzeit am 20. November vergangenen Jahres wurden ihm zahlreiche Ehrungen, namentlich von seinen früheren Schülern, zu Teil. Leider ging der Wunsch der vielen Gratulanten, daß ihm ein langer Lebensabend beschieden sein möge, nicht in Erfüllung. Ausgerechnet am Jahrestage seiner goldenen Hochzeit mußte er Abschied nehmen für immer. Möge er dort drüben seinen Lohn für sein Wirken auf dieser Erde finden. R. i. p.

Deutsche Arbeitsfront.

Der Treuhänder der Arbeit spricht in Bocholt.

Am Freitag, dem 23. 11. 34, abends 8 Uhr, findet im Saale „Zum großen Kurpfaffen“ (Kranefeld) eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Deutschen Arbeitsfront statt. Es spricht der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen, Betriebsführer, Vertrauensleute, Betriebsobmänner und Gefolgschaftsmitglieder werden dringend gebeten, an dieser außerordentlichen Kundgebung teilzunehmen. Die Betriebsführer sind mitzubringen.

Seil Hiltel
gez. M. W. W. Kreiswaller der DAF.

Opfertag des Fußballs für das WSW.

Der geistige 21. November, im ganzen Deutschen Reich als Bußtag gefeiert, wird am Opfertag des deutschen Fußballsports für das große Winterhilfswerk für das deutsche Volk. In allen deutschen Gauen und Städten trafen Auswahl- und Vereinsmannschaften einander gegenüber. Die Fußballer wollten nicht absteigen, wenn es gilt, ihr Scherlein zum Gelingen des deutschen Winterhilfswerkes beizutragen. Reiflos stellten sie sich in den Dienst der guten Sache, so daß der deutsche Fußballsport geschlossen aufmarschierte. Getreu dem Ruf des Reichssportführers eilten die Freunde dieser großen Volkssportbewegung zu den Kämpfen, um das schöne Werk zu einem vollen Gelingen zu bringen.

Betrachten wir in kurzen Zügen die beiden Paare, die für unsere Stadt in Frage kommen. Ohne Zweifel hätte ein Kampf 1900 — Olympia 1:4 (0:3) bedeutend mehr Geld eingebracht, aber — besser ist besser. Und besser war es in diesem Falle bestimmt, denn nun können beide Vereine wieder mit kompletten Mannschaften die Meisterschaftsspiele weiterführen. Weiteres Kommentar dürfte wohl überflüssig sein. Kommen wir nunmehr zu den Spielen selbst!

Bocholt 1900 — Rhön-Sportklub Lohs. 2:1 (1:0) abgeh.

Kalt und neblig war es am geistigen Feiertag als sich obige beide Einheiten zum Fußballspiel auf dem Hünning für die Winterhilfe gegenüberstanden. Leider kamen die Zuschauer nicht ganz auf ihre Kosten, da man wegen des argen Nebels das Spiel gar nicht recht verfolgen konnte. Der Schiedsrichter brach dann auch 20 Minuten vor Trosschluss den Kampf ab.

Der Klub trat zu diesem Spiel mit Ersatz für Joormann 2 und Tollamp an, was sich im Sturm der schwarz-gelben stark bemerkbar machte. Die Kombinierten erwiesen sich als ein schwacher Gegner. Beide Mannschaften spielten die Zeit recht und leicht herunter, und man war froh, als der Unparteiische Giesen vom Sportklub dem Spiel ein Ende bereite.

Zu dem Spiel selbst wäre zu bemerken, daß der Klub immer leicht im Vorteil war, man konnte jedoch im Sturm die vielen Torgelegenheiten nicht ausnützen. Nach einer Viertelstunde verpaßte Hünning einen Elfmeter, bis er dann denselben Spieler in der 35. Minute nach einer Vorlage von Köhner gelang, das Halbzeitresultat auf 1:0 zu stellen. Die 2. Halbzeit brachte kaum eine Veränderung. Der Klub kam durch ein Selbsttor des rechten Verteidigers zur 2:0 Führung. Erst jetzt konnten die Kombinierten das Resultat etwas anders gestalten, was ihnen auch durch einen Straßstoß, der von Frederix mit dem Kopf ins Tor gelenkt wird, gelingt. Kurze Zeit darauf brach der Schiedsrichter wegen des allzu argen Nebels das Spiel ab.

Wie erwartet...

Zus. Vorken, Sp. u. Sp. Heide, Wlder Wejete Lohs. — F. C. Olympia Bocholt 1:4 (0:3).

Auch hier machte der dicke Nebel den Zuschauern einen bösen Strich durch die Rechnung, denn auf dem buchstäblich nicht von der Nebel so stark, daß man konnte, und denen, die an der Mitte des Spielfeldes standen, erging es nicht anders, denn von dort aus konnte man rechts und links von den Torgehäusen nur unscheinbare Schatten wahrnehmen. Es bedarf daher wohl keiner besonderen Betonung, daß es dieserhalb schier unmöglich ist, mit einem einwandfreien Spielbericht aufzuwarten. Da ich aberwährend an den beiden Toren stand, konnte ich nur sehen, was in „meiner Hälfte“ passierte, das Schreien des Publikums machte mich darauf aufmerksam, wenn auf der Gegenseite ein zahlreicher Erfolg erzielt wurde.

Der Sieg der Grünweissen ist in jeder Weise verdient, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß die Kombinierten keine ungefährlige Mannschaft abgaben, bei der die drei Rheder Spieler sehr gut abschnitten. Bis zur Halbzeit lag Olympia mit drei Toren, die auf die Konten von Sonders (2) und Ewig (Erfolger) kommen, klar in Front. Nach dem Seitenwechsel verringerte der Gegner durch Elfmeter auf 1:3, während Steverding das vierte Tor schloß.

General von Lettow-Vorbeck sprach.

Die heroischen Leistungen unserer Ostafrikaner im Weltkrieg. — Schutztruppe von 14 000 Mann hielt 400 000 Feinde vom europäischen Kriegsschauplatz fern.

—S— Bocholt, 22. November.

Am Dienstagabend sprach General von Lettow-Vorbeck, der „Napoleon des Schwarzen Erdteils“, im Schützenhaus vor zahlreichem Publikum über den Krieg in Deutsch-Ostafrika. Der Vortrag war für alle, die ihn hörten, ein Erlebnis nachhaltigster Art, nicht zuletzt durch die überaus fesselnde, humorgewürzte Vortragsweise des Redners, der auch nicht das geringste von einem „därbeligen“ General an sich hatte.

Die Hörer wurden in dem Vortrag mit einem Kapitel des Weltkrieges vertraut gemacht, das im allgemeinen recht wenig bekannt. Von allen Kriegsschauplätzen der Welt bekamen wir damals fast täglich Kunde. Der vierjährige, unerhörte Siegeszug des unüberwindlich gebliebenen Generals von Lettow-Vorbeck ging aber vor sich in vollständiger Abgeschlossenheit der brennenden Steppen und dämmernen Urwälder der Deutsch-Ostafrikanischen Tropenwildnis. Weltabgeschlossen tobt dort vier Jahre hindurch der heroische, unergiebige Kampf einer kleinen Heldenschar gegenüber hunderteckiger Uebermacht, die aufs modernste ausgerüstet war und stets ungeheuren Nachschub erhielt. Lettow-Vorbeck dagegen konnte sich nur auf sein militärisches Genie und auf die wahrhaftige Heldenentree seines kleinen Häufleins weiser und schwarzer Deutscher stützen. Von unbändigem Angriffsgeliste befehl bot er dem Gegner bis an das bittere Ende unbefleigt und siegreich die Spitze. Zu verwundern ist es daher nicht, wenn dieser ruhmvolle Kampf einer Handvoll deutscher Kompagnien gegen riesige feindliche Uebermacht die Bewunderung der ganzen Welt und nicht zuletzt der eigentlichen Gegner Lettow-Vorbecks fand. Genie ist es zu verstehen, wenn hervorragende Militärs die in der Weltgeschichte einzig dastehende Leistung des deutschen Heerführers Lettow-Vorbeck in eine Parallele stellen mit den Taten eines Cortes, eines Friedrich des Großen und Napoleons.

Dem General wurde, als er in Begleitung des Führers Kruchen des Bezirksverbandes Bocholt des Reichskriegsbundes „Kriegerhaus“, des Bürgermeisters Brochhoff, des Majors Grennebach und anderer Herren den Saal betrat, eine herzliche Ovation bereitet. Nach kurzen Begrüßungsworten des Herrn Kruchen nahm

General von Lettow-Vorbeck

das Wort zu seinem einleitenden Vortrag, in dem er zunächst den Sinn des Krieges in Ostafrika darlegte. Deutschland hatte nicht die Absicht, den Krieg zwischen europäischen Staaten nach den Tropen zu übertragen (im Gegensatz zu England, das gar nicht daran dachte, aus Kolonialpolitik Afrika zu neutralisieren). Deutschland wollte unter allen Umständen vermeiden, daß Schwarze gegen Weiße kämpften, um so das Prestige der weißen Rasse um jeden Preis aufrecht zu erhalten. Als Soldat sagte sich Lettow-Vorbeck jedoch: Im Erstzentskampf des Vaterlandes kommt es einzig und allein darauf an, den Sieg zu erringen. Diese Auffassung herrschte aber in Deutschland vor dem Kriege nicht, weshalb denn auch die Möglichkeit eines Krieges gegen einen äußeren

Feind in den Kolonien in keiner Weise ins Auge gefaßt und vorbereitet worden war.

In Deutsch-Ostafrika, das fast doppelt so groß wie Deutschland ist und etwa 8 Millionen Einwohner zählt, standen nur etwa 2400 Berufs-soldaten (zumeist schwarze Askari), die nur im Kampf gegen aufständische Eingeborenen geübt und für den modernen Krieg gar nicht vorbereitet waren. So ist es denn kein Wunder, daß die Kriegserklärung wie eine Bombe in die Verhältnisse in Ostafrika plakte. Es war für den Kommandeur der Schutztruppe klar, daß der Kampf nicht um Deutsch-Ostafrika geführt wurde, sondern der Krieg ging von Anfang an ums Ganze, um Sein oder Nichtsein des deutschen Vaterlandes.

So sah denn, wie der Redner darlegte, die Ostafrikaner ihre Aufgabe darin, den im Heimat so schwer kämpfenden deutschen Soldaten dadurch eine Entlastung zu schaffen, daß sie möglichst viele Feinde daran hinderten, in den europäischen Kampf einzugreifen.

Die feindlichen Truppentransporte, die aus Indien, Südafrika usw. zusammengezogen wurden, mußten veranlaßt werden, nicht etwa nach Flandern, sondern nach Ostafrika zu fahren, um sie hier in einen Kampf zu verwickeln und vom europäischen Kriegsschauplatz fern zu halten. Das war das Ziel Lettow-Vorbecks.

An Hand von Skizzen schilderte sodann der General in anschaulicher Weise, wie dieses Ziel durchgeführt wurde. Zunächst mußte die Truppe vermehrt werden. Überall im Lande bildeten sich schwarze Rekrutenkompagnien (im ganzen 60) unter Führung alter Soldaten, die halb Besatzungswert vor allem deshalb leisteten, weil sie dauernd in der Hand des Führers blieben. Sodann mußte die Zahl der Reiter, die zu Beginn des Krieges nur 50 betrug, vermehrt werden, was einfach dadurch geschah, daß man sie in kühnen Handstreich den Gegnern wegnahm. Auch mit der Artillerie sah es bei Ausbruch des Krieges bedenklich aus. Aber auch hier wurde nach und nach auf schier erstaunliche Weise eine moderne Artillerie geschaffen, die immerhin von einigem Wert war. Und was die Munition betraf, so ward nach dem Grundgesetz gehandelt, daß jede Kompagnie nach einem Gefecht mehr Patronen haben sollte als vorher. Auch eine „Flotte für den täglichen Bedarf“ wurde nach und nach geschaffen, die zum Transport der Truppen-Detachments auf dem 650 Kilometer langen Tanganjikasee sehr wertvolle Dienste leistete.

Kurzum: Der unvergleichliche General führte den blutigen Krieg der Welt, indem er dem bis an die Zähne bewaffneten Feind fast alle Mittel zur eigenen Kriegsführung wegnahm.

Während sich in den ersten Kriegsmomenten der Guerillakrieg vornehmlich in der Gegend des Kilimandscharo abspielte, wurde die Kriegslage auf einmal auf den Kopf gestellt, als die Engländer im November 1914 mit zwei Kriegsschiffen und 14 Transportschiffen vor der Hafenstadt Tanga, dem Ausgangspunkt der Usambara-Bahn, eintrafen und etwa 10 000 Mann landeten. Es kam zur Schlacht, deren Verlauf der General eingehend schilderte. Mit seinen 800 Mann schlug Lettow-

Vorbeck die an Zahl und Material gewaltig überlegenen Feinde entscheidend. Nicht weniger als 2000 Tote verloren die Engländer, und der Rest rettete sich auf die Schiffe. Der erste Versuch der Engländer, in Ostafrika einzudringen, war gescheitert, ein Erfolg, der wie ein reinigendes Gewitter wirkte. Die deutsche Truppe aber wurde noch fester, noch härter, noch mannhafter.

Will man die Leistungen unserer Schutztruppe gebührend würdigen, muß man

das Stärkeverhältnis der beiden Gegner

beachten. Die deutsche Schutztruppe vermehrte sich von 2400 Mann zu Beginn des Krieges auf 14000 Ende 1915; sie schmolz bis zum Ausgang des Krieges auf 1300 Mann zusammen. Wie erst jetzt bekannt geworden ist, haben die Engländer für den Krieg in Ostafrika nicht weniger als 600 Millionen Pfund Sterling = 12 Milliarden Goldmark (das ist mehr als der ganze Burenkrieg gekostet hat!) aufgewendet.

Engländer, Belgier und Portugiesen haben zusammen sich diesen Krieg sogar 20 Milliarden Goldmark kosten lassen!

An der englischen Front standen im Durchschnitt 60 000 Mann, die im Laufe des ganzen Krieges mindestens fünfmal aufgefressen worden sind, so daß im ganzen etwa 300 000 englische Soldaten dort eingesetzt worden sind. Hinzukommen noch etwa 100 000 Belgier aus dem Kongo und Portugiesen aus Mozambique, so daß also tatsächlich

400 000 Gegner den 14 000 Deutschen (einschl. Schwarzen) gegenüberstanden.

Insgesamt haben die Engländer 53 000 Mann verloren. Trotz dieses ungeheuren Einsatzes haben die Feinde unsere Schutztruppe nicht auf die Knie bekommen. Bis zum Frühjahr 1916 befand sich die Kolonie in deutschem Besitz. Erst nachdem die 1260 Kilometer lange Zentralbahn, die von Dar-es-Salaam bis zum Tanganjikasee führt, im Sommer dieses Jahres verlorengegangen war, mußte die Schutztruppe allmählich nach dem Rumwira an der Südgrenze zurückweichen und im Herbst 1917 auf portugiesisches Gebiet übertreten, wo sie durch Eroberung feindlicher Magazine und Forts sich noch zehn Monate lang hielt, um zum Schluss nochmals durch die Kolonie nach Rhodesien durchzubrechen, wo der Waffenstillstand dem Kampf ein Ende machte.

Mit Recht dürfte Lettow-Vorbeck zum Schluss seines Vortrages feststellen, daß unsere ostafrikanische Schutztruppe, gemessen an den geringen Kräften, ihrer soldatischen und vaterländischen Aufgabe in hervorragender Weise gerecht geworden ist. Es war eine gewaltige Kraftleistung deutscher Männer, etwas, das diesen Kampf hinaushebt über eine koloniale Episode, das allgemein gilt für die Deutschen in der Heimat. Es ward bewiesen, daß in uns Deutschen eine gewaltige Kraft liegt, wie kein anderes Volk der Erde sie aufzubringen vermag. Der Redner schloß mit den Worten: Wenn es gelingt, diese Kraft zusammenzufassen, dann wird auch der Tag kommen, wo wir wieder aus der Situation, daß die anderen Völker uns über die Schulter ansehen, hinausfinden.

Langanhaltender kühnster Beifall dankte dem Redner, den Herr Kruchen in seinem Schlusswort nochmals unterstrich. Mit einem Siegesheil auf den Führer und Reichstanzler, dem man gleiche Treue und Gefolgshaft gelobte, wie die Ostafrikaner sie ihrem Führer bewiesen haben, schloß Herr Kruchen seine Ansprache. Das Deutschland- und das Fort-Westfeld-Lied beendeten in würdiger Weise den Abend, der von zarten Mädchen der Standortkapelle umrahmt wurde.



Gott, der Herr über Leben und Tod, rief gestern abend 7 Uhr meinen lieben Mann, unsern guten, treusorgenden Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, den

Lehrer i. R.

Hermann Winkel

Inhaber des Hausordens der Hohenzollern und des Kreuzes für Kriegshilfsdienst

zu sich in sein himmlisches Reich. Er starb nach einem Leben voller Arbeit und Aufopferung für seine Familie, wohl vorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel nach Empfang der heiligen Ölung sanft und gottgerne im 77. Lebensjahre. Möge Gott seine Liebe lohnen. Wir bitten um ein frommes Gebet und ein Gedenken am Altare.

Frau Hermann Winkel

Therese geb. Mensing

nebst Kindern und übrigen Anverwandten.

Bocholt, Holtwick, Stenerr, Raesfeld, Holthausen, Oeding, Groß-Reken, den 21. November 1934.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Samstag, dem 24. November um 1/2 Uhr in der Liebfrauenkirche, anschließend die Beerdigung von der Kirche aus, wozu freundlichst eingeladen wird.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, bitten wir, diese als solche betrachten zu wollen.

Frischer Fisch!

Bratfisch Pfd. 15 Pfg.
Fischfilet " 32 "
Seelachs, ohne Kopf " 22 "
Grüne Heringe " 19 "

Neue Fetttheringe 10 Stck. 35 u. 28 Pfg.
la. Fettbücklinge billigst.

und 3 Prozent Rabatt

bei

[8792g]

Otto Mess

Nordstraße und Münsterstraße.

Guterhalter
Biejerwagen
1 t. abzugeben.

Posten gute
Damen- und Herren-Uhren
Uhrenhaus Th. Korte,
Rhede. [8956g]

Nachruf.



Unser Kamerad

Herrn Ketteler

aktiv 1896-98, ist

zur großen Trauer

am 22. November

im Alter von 68 Jahren

im Kreise seiner Familie

im Kreise seiner Familie

im Kreise seiner Familie

im Kreise seiner Familie

im Kreise seiner Familie

im Kreise seiner Familie

im Kreise seiner Familie

im Kreise seiner Familie

Kreis-Kriegerverband



Unser Kamerad

Anton Ent

Mitglied des Bocholter Krie-

gervereins, ist gestorben.

Freitag morgen 8.30 Uhr

Seelenamt in der Liebfrauen-

kirche, anschließend Beerdigung

vom Krankenhaus. (9946g)

Kruchen,

Kreisverbandsführer.

Schmitt,

Vereinsführer.

Kreuzkapelle

Bocholter Ausflugslokal.

Tägl. Omnibusverkehr ab Horst-

Wessel-Platz 13.45, 15.10,

16.35, 19.15

Ab Kreuzkap. 16.13, 18.40, 21.13

Reichspostwagen verkehrt Mitt-

wochs, Samstags u. Sonntags

14.30, 18.15

Achtung! Achtung!

Verkaufe Freitag morgen

ab 7 Uhr auf dem Hofe der Kasse-

reierlei Imping. Robelstraße,

eine Partie prima [5277g]

junge Schweine

zu den billigsten Tagespreisen.

Heinrich Arh.



Verkaufen am Freitag morgen

ab 8 Uhr bei Schumacher Teräde

Robelstr. und Samstag ab 8 Uhr

bei Oberbeck am Güterbahnhof

eine Partie prima (8946g)

oldeb. Futterfische

zu den billigsten Tagespreisen.

Buers & Kreegemann.

Brillen

Lieferant

der Kranken-

kassen.

Uhrenhaus Th. Korte, Rhede.

Donnerstag frisch von der Küste eintreffend!

Bratfisch	Pfd. 18 Pfg.
Schellfisch ohne K.	Pfd. 38 Pfg.
Kabellau	Pfd. 22 Pfg.
Rotbarsch	Pfd. 22 Pfg.
Angelschellfisch	Pfd. 33 Pfg.
Fischfilet	Pfd. 38 Pfg.
Scholle mittel	Pfd. 42 Pfg.
Heilbutt	Pfd. 43 Pfg.
Steinbutt	Pfd. 53 Pfg.
Seemuscheln	10 Pfd. 65 Pfg.
Sprotten	Kiste 28 Pfg.
Sprotten	1/4 Pfd. 12 Pfg.
Rauchschellfisch	Pfd. 38 Pfg.
Seelachs ger.	Pfd. 45 Pfg.
Lachsheringe	Pfd. 42 Pfg.
Makrelen	Pfd. 32 Pfg.
Fettbücklinge laufend frisch.	

3 Prozen! 3 Prozen!

Bocholt. Ruf 2134

Camelia-Damenbinden

in allen Preislagen.

Scheer-Napp

Ravardstr. 33

Guterhalter

1237g

Dauerbrenner

zu kaufen gel.

Aust. Volksb.

22 Jahre alt, in sämtlichen Haus-

arbeiten vertraut, Kochkenntnis-

se und gutes Zeugnis vorhanden.

Sucht 1. Dez. od. später Stellung.

Werther Str. 214,

hinterm Kaisergarten.



Nummer 3

Gleiche So

Der südlaw

nerstag nachm

klindigte Note

sung der

keiten des

wird.

Die Note, di

alsbald veröff

drücklich ge

eine ausföh

ganz werden.

Entente hab

Bocholt durc

werden.

Die südlaw

leitung.

Das fluchwü

Bewußtsein al

zwingt die südl

auf Grund